

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Ercheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 45 • 36. Jahrgang

Berlin, den 8. November 1930

Ein Industrieller für die 44-Stunden-Woche

In der „Frankfurter Zeitung“ hat eine Aussprache über die Verkürzung der Arbeitszeit als Weg zur Milderung der Arbeitslosigkeit stattgefunden. Ein Industrieller, R. C. Gütermann, Gutach i. Breisgau, der 2000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat dort den Vorschlag gemacht, die Arbeitszeit allgemein auf 44 Stunden zu erniedrigen und den Unternehmern die Pflicht aufzuerlegen, etwa 10 Proz. Arbeiter und Angestellte neu einzustellen. Er hofft, daß dadurch die Arbeitslosigkeit wesentlich gemildert werden könnte. Alle Unternehmungen, die aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, die Arbeitszeit derartig zu verkürzen, sollen gezwungen sein, die gleiche Summe, die für den Mehrlohn gewährt wurde, als Sonderbeitrag an die Arbeitslosenversicherung abzuführen. Dies würde eine Mehrbelastung von 8 1/2 Proz. ergeben, die von den betreffenden Unternehmern allein getragen würde und nach Meinung Gütermanns der Leistungsfähigkeit der Betriebe keinen Abbruch tun kann. Die verkürzt arbeitenden Betriebe sollen nach diesem Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung nur bis zu 3 1/2 Proz. der Lohnsumme herangezogen werden. Gütermann glaubt, daß die Mehrleistung der Unternehmungen mit längerer Arbeitszeit zur Arbeitslosenversicherung die weniger einjagenden Beiträge voll ausgleichen würde. Der DGB ist bekanntlich in seiner Entschloßung zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen.

Bezüglich der Lohnfrage für die verkürzt Arbeitenden macht Gütermann den Vorschlag, für die 44-stündige Arbeit den Lohn zu gewähren, der sonst für 46 Stunden bezahlt wird. Die Arbeiter hätten also mit einer Lohnsenkung in Höhe des Lohnes für zwei Arbeitsstunden zu rechnen. Zweifellos eine Meinung, über die bei eventuellen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ohne weiteres eine Einigung erzielt werden könnte. Auf den Einwand, daß bei einem Betrieb, der bisher 48 Stunden gearbeitet hat und auf die 44-Stunden-Woche übergeht, neue Kapitalinvestitionen zur Vergrößerung der Anlagen notwendig sind, entgegnet der betreffende Industrielle, daß die meisten Betriebe nicht mit 100 Proz. Erzeugungsfähigkeit ausgenutzt sind, auch wenn sie heute 48 Stunden oder mehr arbeiten. „Wenn gesagt wird, daß die Einrichtung einer Doppelschicht mit Schwierigkeiten verknüpft ist, so trifft dies zu; doch ist ohne Abwendung von Schwierigkeiten dem Arbeitslosenproblem nicht beizukommen.“

Der Vorschlag eines praktischen Industriellen zeigt, daß es auch bei den Unternehmern Leute gibt, die sich etwas eingehender mit der Frage der Arbeitslosigkeit und deren Behebung beschäftigen. Im großen und ganzen dürften die Vorschläge der Erwägung wert sein, denn sie nähern sich weitgehend den Meinungen, die der DGB in seiner letzten Bundesversammlung aufgestellt hat. Wenn die deutsche Unternehmerschaft durchweg aus solchen Leuten bestehen würde, dann wäre es ohne größere Schwierigkeiten möglich, zu einer Verkürzung zu kommen. Leider ist dies nicht so. Die übergroße Mehrzahl der Unternehmer besteht aus dickköpfigen Schafwächern, die vom alten Vorkriegsgeist befangen sind und die gegenwärtige reaktionäre Welle benutzen wollen, um nicht nur alle Erzeugungsfähigkeiten zu beseitigen, sondern auch der Arbeiterschaft eine verlängerte Arbeitszeit aufzubürden. Mit solchen Leuten sich über vernünftige Dinge auszusprechen, ist unmöglich. Dies geht ja bereits daraus hervor, daß die Spitzenverbände des Unternehmertums an die Gewerkschaften nicht herangetreten sind, Verhandlungen über die Behebung der Wirtschaftskrise oder Milderung der Arbeitslosigkeit einzuleiten. Diesen Leuten gegenüber ist rücksichtslose Kampfstellung am Platze.

Das Auslandskapital in der deutschen Wirtschaft

Seitdem es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, ist die internationale Kapitalwanderung vorhanden. Das Kapital ist flüchtig und hat die Neigung, überall dahin zu strömen, wo die Profite am höchsten sind. Landesgrenzen sind noch niemals ein ernsthaftes Hemmnis für die Ein- und Auswanderung von Kapital gewesen. Der europäische Kapitalismus hat die gesamte Welt durch sein überschüssiges Kapital befruchtet. Die Volkswirtschaften in Nord- und Südamerika, in Asien, Indien, Australien usw. sind mit Hilfe des europäischen Kapitals aufgebaut und entwickelt worden. Namentlich die Industrie der Vereinigten Staaten verdankt ihre Existenz der Mithilfe des europäischen Finanzkapitals. Auch Deutschland hat sich an der Kolonialisierung anderer Länder namhaft beteiligt. Man schätzt die Höhe des vor dem Kriege im Ausland investierten deutschen Kapitals auf 30 bis 35 Milliarden Mark.

In der Nachkriegszeit haben sich die Verhältnisse sehr wesentlich verändert. Die Entwicklung ausländischer Volkswirtschaften durch den Kapitalzufluß geht heute in der Hauptsache von Ländern aus, die ehemals selbst Kolonialgebiete waren. Wir erwähnen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Man kann sagen, daß Europa als Kapitalimporteurteil neu entdeckt wurde. Der Kapitalfluß herüber und hinüber der Landesgrenzen wurde verstärkt durch die Währungszerüttung und die Steuerflucht. Es steht nicht genau fest, wie hoch die Kapitalflucht aus Deutschland ist. Sie wird aber mindestens 5 Milliarden betragen. Mit diesem Gelde sind die Wirtschaftsbetriebe des Auslandes mehr oder weniger befruchtet worden. Das Gegenteil sehen wir in der zunehmenden Abfermung der deutschen Industrie und der Handels- und Verkehrsunternehmen. Vor ungefähr 1 1/2 Jahren berechnete die „Frankfurter Zeitung“, daß von den 13 000 deutschen Aktiengesellschaften rund 100 im eigentlichen Wortsinne überfremdet seien. Vor kurzem ist eine Schrift herausgekommen: „Das ausländische Kapital in der deutschen Wirtschaft“, erschienen im Rühr-Verlag W. Girardet, Essen, die eine Fülle von Material über das Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft enthält. Der Verfasser dieser Schrift kommt zu dem Ergebnis, daß — bei Ausschaltung kleinster Firmen — etwa 430 bis 450 deutsche Unternehmen sich in Vollbesitz bzw. Mehrheitsbesitz des Auslandes befinden. Die Tochtergesellschaften, an denen diese Unternehmen mit mehr als 50 Proz. beteiligt sind, hinzugenommen, ergibt eine Zahl von ungefähr 630 bis 650 deutschen Gesellschaften, die unter ausländischer Kontrolle stehen. Außerdem gibt es noch

viele Gesellschaften, in denen ausländisches Kapital von 20 bis 50 Proz. des Gesellschaftskapitals beteiligt ist. Wenn daraus auch nicht abgeleitet werden kann, daß das Ausland unter allen Umständen bestrebt ist, die Herrschaft über deutsche Unternehmungen auszuüben, so ist die erfolgte Überfremdung doch außerordentlich beachtenswert.

Die gesamte Auslandsbeteiligung an deutschen Gesellschaften, außer dem Leihkapital, wird auf etwa 3 Milliarden Mark geschätzt. Hinzu kommt noch der zerplitterte Kleinbesitz des Auslandes an deutschen Aktien, GmbH-Anteilen, Kuzen usw.; ferner die Posten deutscher Effekten, die ausländische Holdinggesellschaften zum Teil heute besitzen. Die Gesamtsumme dieser Posten kann auf eine Milliarde angenommen werden. Mit hin ist das Ausland an deutschen Unternehmungen in Höhe von 4 Milliarden Mark beteiligt. Es muß aber hierbei festgestellt werden, daß eine zwangsweise Überfremdung niemals festgestellt wurde, sondern diese meistens auf das Bestreben der deutschen Unternehmerränge zurückzuführen ist.

Es erhebt sich nun die Frage, wie sich die deutsche Arbeiterschaft zu der Auslandsbeteiligung an deutschen Industriebetrieben stellt. Hierzu ist zu sagen, daß es der Arbeiterschaft an sich naturgemäß lieber ist, wenn die Industrie, Handels- und Verkehrsunternehmen im inländischen Besitz sind. Trotzdem kann mit der Einnahme ausländischen Kapitals auf deutsche Unternehmungen auch eine günstige Wirkung nach verschiedenen Richtungen verbunden sein. Auslandskapital schafft bei bestehenden Unternehmungen die Möglichkeit, diese zu erweitern oder zu vervollkommen, womit Arbeitsmöglichkeiten verbunden sein kann. Als Nachteile sind zu nennen das Bestreben, deutsche Industriebetriebe nur zu erweitern, um eine Konkurrenz zu beseitigen oder diese bei passender Gelegenheit stillzusetzen bzw. einzuschränken, falls es ausländischen Geldgebern dienlich erscheint. Vorzüge und Nachteile gibt es noch eine ganze Reihe, aber wir wollen es hierbei belassen. Es ging uns darum, eine Bilanz der Überfremdung deutscher Industrieunternehmen zu ziehen. Im Zeitalter des Fließbandes und der Massenproduktion bilden Erdteile wie Europa einen einheitlichen Absatzmarkt. Und bei der engen Verflochtenheit der europäischen Industrie ist die zunehmende Überfremdung ein Beweis dessen, daß die einzelnen Länder viel zu klein und bedeutungslos sind, um von sich aus eine ausgeglichene Industriebirtschaft zu betreiben. Es ist nur noch notwendig, daß die Arbeiterschaft eine Macht entwickelt, um aufstrebende Nachteile bei der Kapitalwanderung zu beseitigen.

Vom Zeitmesser

Die deutsche Uhrenindustrie ist wie andere Industrien vom Enquete-Ausschuß untersucht worden. Dabei wurden interessante Feststellungen gemacht.

Der Produktionswert dieser Industrie beträgt 110 Millionen Mark gegen 50 Millionen Mark 1913. Erzeugt werden 13,5 Millionen Stück Großuhren und 4 Millionen Stück Taschenuhren, gegen 10 bzw. 1,5 Millionen Stück 1913. 20- bis 25 000 Arbeiter werden beschäftigt. Vier Großunternehmen beherrschen die Großuhrenfabrikation zu 60 Prozent und die billigen und Qualitätsstahnuhren zu 90 Prozent. Wie vielfach die Musterherstellung bestimmter Typen ist, geht aus folgendem hervor: Eine Großfirma erzeugt weder in 1030 Preislagen, Standuhren in 375 Preislagen, Wand- und Tischuhren in 390 Preislagen usw. Wenn sich auch diese Abweichungen meistens auf die Gehäuse beziehen, so ist man doch darüber erstaunt, daß von

einer einzigen Firma noch mehr als tausend Werkstätten hergestellt werden. Um wieviel billiger könnte die Produktion werden, wenn sie auf 5 bis 10 Sorten beschränkt würde!

Der Lohn der Uhrenarbeiter je Stück ist vom Jahre 1913 bis 1930 in der Großuhrenindustrie von 38 Pf. bzw. 1,52 Mark auf 81 Pf. bzw. 2,05 Mark gestiegen. In demselben Zeitraum hat sich die Arbeitsleistung in 1000 Stunden von 220 bis 250 Stück auf 400 Stück erhöht. Der Lohnanteil hat sich seit der Vorkriegszeit von 35 bis 39 Prozent auf 32,5 Prozent verringert. Die Uhrenpreise stehen um 80 Prozent über diejenigen der Vorkriegszeit. Man sieht also, daß Preisentkennungen möglich sind. Vor allem beim Handel. Der durchschnittliche Aufschlag beträgt beim Großhandel 25 und beim Einzelhandel 70 bis 80 Prozent. Daraus ist ersichtlich, welche enormen Verdienste der Uhrenhandel erzielt. Bedeutend mehr Uhren würden abgesetzt werden, wenn die Preise gesenkt wurden.

Die Notverordnung zur Krankenversicherung

Ein Geschäft für die Versicherten? - Die christliche Gewerkschaftspresse ist begeistert

In der bürgerlichen Presse und auch in der christlichen Gewerkschaftspresse herrscht nahezu ein Freudentaumel, wenn sie darüber berichten, daß die eine und andere Krankenkasse den Beitrag von 6,5 Proz. auf 6 Proz. oder von 5,7 Proz. auf 5 Proz. gesenkt hat. Durch möglichst günstig aufgelegte Rechenexempel wird dem mit der Materie nicht vertrauten Leser vorgegaukelt, wie hoch im einzelnen die jährlichen Ersparnisse sind, die die Beitragssenkung durch die Notverordnung für den Versicherten, also für den Arbeiter, bringt. Je nach dem Rechenexempel kommt man zu verschiedenen hohen Summen.

Auch in der Redaktion der christlichen „Graphischen Stimmen“ (siehe Nummer vom 27. 9. 30) sieht so ein Rechenlinker. Dieser Freund der Notverordnung kommt zum Beispiel bei seiner Rechnerie zu einer Ersparnis von 18 M. jährlich für einen Arbeitnehmer mit einem Grundlohn von 5 M. und bei einem Grundlohn von 10 M. sogar von 36 M. im Jahre. Die „Graphischen Stimmen“, wie auch die andere bürgerliche Presse haben von den Auswirkungen der Notverordnung zur Krankenversicherung keine Ahnung. Wenn nämlich der Arbeiter durch eine einprozentige Kürzung der Beiträge zur Krankenversicherung bei einem täglichen Grundlohn von 10 M. 36 M. im Jahre ersparen soll, so kann er dies nur, wenn von dem Grundlohn bisher ein Beitragsfuß von rund 11 Proz. erhoben worden ist. Aber bei keiner einzigen deutschen Krankenkasse gibt es einen Beitragsfuß von 11 Proz. Vielmehr rechnet man gegenwärtig mit einem durchschnittlichen Beitragsfuß von 6,3 Proz. des Grundlohnes. Im übrigen bringt aber die Notverordnung keine einprozentige Herabsetzung des Beitrages vom Grundlohn, sondern nur eine durchschnittlich zehnprozentige Herabsetzung des bisher erhobenen Beitrags, was eine Winderung des Beitragsfußes von 0,6 bis 0,7 ergibt. Wenn schon der Versicherte durch die Beitragsherabsetzung bei einem Beitrag von bisher 6 Proz. um 0,6 Proz. weniger zu entrichten braucht, so beträgt die Ersparnis rund 15 M. im Jahr oder rund 30 M. wöchentlich bei einem Lohnsumme von 70 M. pro Woche, also bei weitem keine 36 M. im Jahr, wie jener Allersweltler von den „Graphischen Stimmen“ der Öffentlichkeit weismachen will.

Ist die Beitragskürzung um einige Mark im Jahr tatsächlich für den Versicherten ein Geschäft? Aber bedeutet sie sogar, wie die „Graphischen Stimmen“ behaupten, eine Erhöhung des Reallohnes? Ja, die Notverordnung zur Krankenversicherung würde dann für den Arbeitnehmer einen Erfolg bedeuten bzw. eine Erhöhung des Reallohnes darstellen, wenn die Leistungen der Krankenversicherung nach wie vor die alten geblieben wären. Dies ist aber nicht der Fall. Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 hat doch, soweit sie die Krankenversicherung betrifft, den ausgeprochenen, wenn auch nicht einzigen Zweck, Ersparnisse herbeizuführen. Man will durch die Notverordnung zur Krankenversicherung etwa 200 Millionen M. einsparen. Bei dem einzelnen Versicherten tritt diese Ersparnis dadurch in Erscheinung, daß er einmal zu einem Einnahmewachstums der Kasse durch Krankenscheinegebühr und Arzneikosten beizutragen hat und zum anderen mit rechtlichen und damit auch finanziellen Verschleierungen bedacht worden ist.

So werden etwa eingespart:

Wartetage für Krankengeld	26 Mill. M.
Wegfall des Krankengeldes für den letzten Tag	3 Mill. M.
Abbau der Mehrleistungen vom Krankengeld	6 Mill. M.
Abbau der Mehrleistungen an Hausgeld	5 Mill. M.
Abbau der Familienhilfe	20 Mill. M.

Das Duzend Mark, daß der Versicherte durch die Kürzung der Beiträge einspart, „spart“ er ein, weil er weniger an Krankengeld und sonstigen Leistungen bekommt, und gibt sie wieder aus durch Krankenschein und Verwaltungsgebühr, praktisch läuft dies alles auf eine Reallohnsenkung hinaus.

Der einzige, der bei der Notverordnung zur Krankenversicherung profitiert, ist der Unternehmer, denn bei diesem fließt die Beitragskürzung tatsächlich in seine eigene Tasche.

Die bürgerliche Presse und die christliche Gewerkschaftspresse vom Schlage der „Graphischen Stimmen“ ist auf dem Holzweg, wenn sie meint, daß die Notverordnung ein Segen für die Versicherten ist.

Die Redaktion der „Graphischen Stimmen“ versteigt sich unter anderem auch zu folgendem Satz: „So bringt die Notverordnung, ohne jede Beeinträchtigung der Volksgesundheit und trotz Einführung besonderer wichtiger Leistungen, insbesondere der Familienhilfe als Pflichtleistung, indirekt eine Erhöhung des Reallohnes.“

Davon, daß die Notverordnung eine Erhöhung des Reallohnes nicht bringt, haben wir ja schon ge-

sprochen. Die Notverordnung zur Krankenversicherung bringt aber auch keine Neueinführung wichtiger Leistungen. Denn die Familienkrankenhilfe als Pflichtleistung ist absolut keine neue Leistung. Sie war bereits vor der Notverordnung rund 94 Proz. der Kassen als Mehrleistung eingeführt.

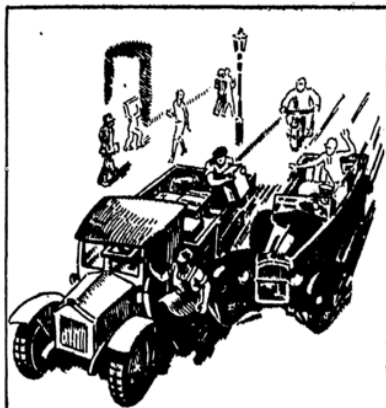
Noch können die Wirkungen der Notverordnung zur Krankenversicherung auf die Volksgesundheit nicht ziffernmäßig erfaßt und belegt werden. Sollte die Verschlechterung der Krankenversicherung, die die Notverordnung gebracht hat, beibehalten werden, so ist zweifellos mit einer Verschlechterung der Volksgesundheit zu rechnen. Wenn dann in einigen Jahren die Rechnung aufgemacht wird, dann wird es sich zeigen, daß die Notverordnung kein Segen, wie man den Versicherten vormachen will, sondern ein Fluch für die Versicherten gewesen ist. Die freien Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die Notverordnung zur Krankenversicherung zu verbessern oder ganz aufzuheben.

Auch ein Skandal!

Aus dem westdeutschen Industriegebiet wird uns geschrieben: Im Ruhrbergbau sind im Laufe des letzten Jahres etwa 60000 Arbeiter entlassen worden, und noch ist kein Ende dieser Entwicklung zu sehen. In der Eisens- und Hüttenindustrie ist es nicht besser, überall Feierschichten über Feierschichten. Dabei unterstehen die Entlassenen meistens nicht der Krisenfürsorge, sondern fallen nach ihrer Aussteuerung in der Arbeitslosenversicherung sofort den Wohlfahrtsämtern, d. h. den Gemeinden zur Last. Und in dieser schweren Krisenzeit muß der Präsident des Landesarbeitsamts Westfalen feststellen, daß im Jahre 1929 allein im Ruhrbergbau 20000 aus dem Ofen zugewanderte Arbeiter neu eingestellt worden sind! So werden im industriellen Westen die Arbeitslosenmassen planmäßig vergrößert, während der Ofen unter Arbeitermangel leidet und die Landwirtschaft immer wieder die Zulassung ausländischer Wanderarbeiter fordert — und auch durchsetzt!

Bis zum letzten Verbraucher

Es besteht die große Gefahr, daß die Preislenkung, die hier und da, namentlich bei den Grundstoffen, vornehmlich durch den „Machtkennel“ der Zwischenstellen vorfindet, ohne dem letzten Verbraucher zugute zu kommen. Der Reichswirtschaftsminister hat Veranlassung genommen, in einem Schreiben an die Landesregierungen auf die durchgehende Preislenkungsaktion aufmerksam zu machen. Er bittet, darauf hinzuwirken, daß die Ermäßigung der Produktionspreise bis zum letzten Verbraucher restlos zur Auswirkung kommen. Deshalb sollen hauptsächlich die Kohlenhandelsorganisationen zu Preiserhöhungen veranlaßt werden. Weiterhin hält es der Minister für dringend erforderlich, daß die Herabsetzung der Kohlenpreise auch in der Tarifpolitik der Kommunalbetriebe (Gas, Wasser, Kraft- und Lichtstrom usw.) in geeigneter Weise zum Ausdruck gelangt. — Dieser Schritt des Reichswirtschaftsministers ist zu begrüßen. Auf die Dauer ist es unmöglich, daß die Fahrpreise der Straßenbahnen das 2½fache des Vorkriegspreises ausmachen und die Kosten für Gas, Licht und Wasser weit über dem allgemeinen Preisindex stehen.



**Absteigen u. abladen
nach
der Fahrstraßenseite
IST GEFÄHRlich!**

Bestell-Nr. — 329 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsvereinigungen

Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 30. Oktober 1930

Ein Schreiben des IGB gibt Kenntnis von den Ursachen und vom Verlauf des seinerzeit gemeldeten Bucharbeiterstreiks in Buenos Aires. — Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands begrüßt seine Aufnahme in die Buchdrucker-Internationale und erklärt sich mit den internationalen Statuten restlos einverstanden. — Nach den bisher eingegangenen Meldungen werden auch weiterhin die Kollegen Kraus, Piochon und Nemecek und neu Kollege Nils Wessell (Stockholm) der Erweiterten Sekretariatskommission angehören.

Auf einen seinerzeit geäußerten Wunsch des Internationalen Buchdrucker-Sekretariats hin gibt nun der IGB, die aus Argentinien erhaltene Auskunft über die dortige Bucharbeiterbewegung bekannt. Diese Auskunft wird zur Kenntnis genommen.

Mit großer Befriedigung wird ein Bericht über die erfolgreich zu Ende gegangene Tarifbewegung im holländischen Buchdruckgewerbe zur Kenntnis genommen. Annap vor Ausbruch eines Streiks wurde eine Lösung erzielt, die noch der Abstimmung unterbreitet werden soll. Der öffentliche Schlichter hat sich um das Zustandekommen einer Einigung verdient gemacht.

Der isländische Verband berichtet von seiner Absicht, in eine Bewegung einzutreten zur endlichen Anpassung der Löhne an die wirklichen Verhältnisse, die durch den öffentlichen Index immer verschleiert werden. Die Kommission sichert dem wackeren Verband die moralische und, wenn nötig, auch die finanzielle Hilfe der Buchdrucker-Internationale zu.

Die Kommission stimmt den durch das Sekretariat an Hand der Amsterdamer Beschlüsse revidierten Statuten zu. Sie beschließt, die Drucklegung bis zur Genehmigung durch die Erweiterte Sekretariatskommission aufzuschieben.

Die Kommission nimmt mit großer Befriedigung Kenntnis vom guten Verlauf der Hilfsaktion für den rumänischen Verband. Eine schöne Anzahl der angeschlossenen Verbände hat nicht nur freudig den vorgeschriebenen Beitrag von 20 Schweizer Centimes pro Kopf der Mitgliederzahl entrichtet, sondern verschiedene Verbände haben einen mehrfachen Beitrag geleistet. Der rumänische Verband spricht schon jetzt, vor der Endabrechnung, dem Sekretariat und den Verbänden den herzlichsten Dank aus für diesen praktischen Beweis internationaler Bruderkiebe; die Sekretariatskommission schließt sich diesem Dank voll und ganz an. Folgende Verbände haben bis jetzt ihren Beitrag an Rumänien abgeliefert (in der Reihenfolge der Meldung an das Sekretariat): Österreich, Belgien, Norwegen, Jugoslawien, Dänemark, Ungarn, Schweden, Tschechoslowakei, Holland, Schweiz, Nemeckgebiet, Deutschland, Frankreich (teilweise), Island, Luxemburg. Die noch ausstehenden Verbände werden dringend ersucht, ihre Solidaritätspflicht baldmöglichst zu erfüllen.

Am 10. und 11. Dezember wird in London eine Konferenz der drei internationalen Sekretariate des graphischen Gewerbes mit dem Vorschlagsausschuß der Kartellorganisation des graphischen Gewerbes Englands stattfinden zur Befriedigung der engern Zusammenarbeit. Das Internationale Buchdrucker-Sekretariat wird mit fünf Kollegen vertreten sein, davon zwei bis drei auswärtige Mitglieder. Zur Vorbesprechung der Angelegenheit und zur Vereinarbeitung der neuen Statuten wird auf den 8. Dezember eine außerordentliche Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission nach Brüssel einberufen.

Es wird neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß es immer noch Verbände gibt, die die Angaben betreffend Beitragsleistung und Unterstützungsbezug nicht in das Verbandsbuch des Mutterverbandes oder fremder Kollegen eintragen, sondern diesen ein eigenes Verbandsbuch ausstellen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur das ursprüngliche Mitgliedsbuch gültig ist und daß die Mitglieder bei Nichteintragung in ihr richtiges Dokument bei ihrer Rückkehr in den Mutterverband oder in eine andere angeschlossene Organisation zu Schäden kommen könnten oder große Unannehmlichkeiten haben.

Die Kommission macht an Hand kürzlicher Vorkommnisse darauf aufmerksam, daß jede Bewegung der angeschlossenen Verbände sofort dem Internationalen Sekretariat gemeldet werden sollten. Es darf nicht vorkommen, daß ein bevorstehender Streik und die dann erfolgte Einigung nur durch die Presse zur Kenntnis des Sekretariats gelangen. Die Verbände haben ein Anrecht darauf, durch das Sekretariat direkt auf dem laufenden gehalten zu werden über den Gang einer Bewegung. Dazu bedarf es aber unbedingt der Befreiung des Sekretariats mit den nötigen Nachrichten seitens des betreffenden Verbandsvorstandes.

Handbemerkungen zur Politik

Büchereister Drexler, der Starke

Der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Colosser, hat sein Amt niedergelegt, weil er es unter dem Parteivorstandenden Drexler, einem Mussolini in der Westentasche, nicht mehr aushält. Büchereister Drexler übt seine Diktatur in einer zwar kleinteiligen, aber trotzdem empfindlichen Weise aus. Mißliebige zweite Vorsitzende setzt er zum Beispiel im Reichstag in die letzte Reihe, wie man früher schlechte Schüler nach hinten setzte. Colosser hofft, daß Drexler, der „weder Format noch Bildung habe, noch geistig und menschlich mit der Bewegung gewachsen sei“, von der Landtagsfraktion abgesetzt wird.

Warum ist Hitler staatenlos?

Der deutsche Faschistenführer Hitler ist zwar in Österreich geboren, aber seine österreichische Heimatberechtigung verlor, und zwar auf eine für einen Faschisten peinliche Weise.

Hitler entzog sich der Militärpflicht und wanderte nach Bayern aus. Als nach Ausbruch des Krieges Deutschland und Österreich die Deutsche wechelseitig austauschten, rief Hitler nochmals aus, und zwar als Kriegsfreiwilliger in einen bayrischen Truppenteil.

Hitler entschuldigt sein Verhalten damit, daß Österreich kein „deutscher Nationalstaat“ gewesen sei. Demnach müßte Hitler schon im Jahre 1912 ein großer Nationalist gewesen sein. Wie kommt es, daß er dann 1918 bei den Mehrheitssozialdemokraten und „Novemberverbrechern“ stand?

Die 25 granitenen Punkte

Die Nationalsozialisten haben sich im Jahre 1925 ein Programm von 25 Punkten gegeben, das nach der Parteilassung unabänderlich sein soll. Ein wahres Glück für die regierungsbereit gewordenen Nazis, daß es wenigstens nicht „unauslegbar“ sein kann.

Da steht im Punkt 14: „Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.“

Gottfried Feder, der Theoretiker der Nazis, beruhigt die Unternehmer: „Diese Forderung sei nur so aufzufassen und zu verwirklichen, wie dies ja in vorbildlicher Weise durch die wirklich großen Unternehmungen vom Stil des alten Krupp gesehen ist, und wie dies zum großen Teil von modernen Industriefamilien getan wird.“

Die Auslegung Gottfried Feders beschränkt sich natürlich nicht nur auf den Punkt 14. Er hat eine Umschreibung des Programms der 25 Punkte ausgearbeitet, deren Leitgedanke lautet: „Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.“ Nach dieser „Umschreibung“ sollten sich unsere Nazis Nationalkapitalisten nennen.

Weniger haben

Wie die „Sonntagszeitung“ berichtet, hat v. Kaumer, Minister a. D. und Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, endlich entbedt, warum es uns so schlecht geht: „Wir haben unsere Ansprüche übersteigert. Heute muß in der kleinsten Arbeiterwohnung ein Badezimmer sein. Wir sind die Parvenüs des Lebens geworden. Der Arbeiter hat heute drei Häuser: eins in seinem Koffer, die öffentlichen Bäder, und das Bad in seiner Wohnung.“

Wir tragen mit Recht: Wo gibt es in Deutschland einen Unternehmer, der sich drei Häuser leisten kann? Es ist höchste Zeit, daß der deutsche Arbeiter weniger haben. Wenn er sich einmal waschen will, kann er ja, wie unsere verarmten Unternehmer, nach Ostsee oder nach Nizza fahren — je nach der Jahreszeit.

Wie Severing begrüßt wurde

Unsere Göhnenbiener der Gewalt geraten in eine maßlose Wut, wenn sie selbst auf Gewalt stoßen. Der „Nationale Sozialist“ schreibt zur Ernennung Severings:

„Sie verüben mit einer Schredensherrschafft die Gefahr zu bannen und mit Polizei und Militär die nationale Revolution zu eskalieren und niederzuschlagen.“

Die deutschnationale Nacht Ausgabe prickt von einer Gewaltpolitik gegen die Opposition der Rechten. Nur die „rote Fahne“ weiß es besser:

„Severing spielt nur gegen die Arbeiterkraft den starken Mann gegenüber dem Faschismus ist er ein schlatternder Kaktus, ohne Rückgrat, ohne Ehre, ohne Macht. Severing ist ein stumpfes Polizeigehirn in all seiner Schlauchheit, ein erkämlich Freigling in all seiner Grausamkeit, ein elender Schwächling in all seinem Größenwahn.“

Wir können den aufgeregten Schreiber aus der Redaktion der „Roten Fahne“, der bestimmt ehrlicher, mutiger und tüchtiger als Severing ist, beruhigen. Von den Kommunisten droht diesmal keine Gefahr.

Die Menschheit beginnt

Zum 9. November

Wir erleben einen großen Umwandlungsprozeß des Menschengeschlechts, und nur wenn wir diese Zeit als geschichtlichen Übergang erkennen, finden wir uns in dieser Zeit zurecht.

Wir Menschen betrachten jedoch, aus den Werten heraus, so sehr das Augenblicksgeschehen. Wir sind gezwungen, uns durch die Zeit zu kämpfen, von Tag zu Tag, und da verlieren wir leicht den Blick für das Große und erkennen es, den Augenblick anzusehen als den Augenblick einer revolutionären Zeit und unser Leben als den Ausdruck des revolutionären Jahrhunderts. Revolution ist nicht das politische Geschehen eines Tages. Es war ein großer Tag, der 9. November. Mit ihm begann die politische Freiheit des Volkes. Doch dürfen wir dabei nicht vergessen, daß auch der 9. November nur ein Tag im großen revolutionären Geschehen der Zeit ist.

300 000 Jahre ist die Menschheit alt. Auf ungefähr 300 000 Jahre schätzt die Wissenschaft das Alter der Menschheit. In diesen 300 000 Jahren wurde der Tiermensch zum Menschen, er fand er das Werkzeug, mit dem er die Arbeit und die Kultur erschuf, wurde das Zusammenleben, wurde schließlich auch das, was wir Weltgeschichte nennen. Und dann, nachdem die Menschheit 300 000 Jahre gewesen, da beginnt im Menschen und durch den Menschen der Triumph des Geistes. Es geht nicht mehr um den Stoff, es geht nicht mehr um die Grenzen.

300 000 Jahre ist der Mensch alt, aber erst seit 300 Jahren weiß der Mensch, daß nicht die Erde der Mittelpunkt des Weltsystems ist. 800 000 Jahre ist die Menschheit alt, aber erst seit 30 Jahren beginnt sie, die Zusammenhänge im fossilen Geschehen zu begreifen. Und wenn 300 000 Jahre hindurch die Welt dem Menschen nur Stoff gewesen, Ware, Material: jetzt wird's anders. Die Physik hat den Stoff in Bewegung aufgelöst. Die Chemie hat das Atom zerprengt und im feinen „Anteilbaren“ eine neue Harmonie der Ionen gefunden. Die Mathematik hat mit der Relativitätstheorie das Weltall revolutioniert, und wir ahnen kaum, wie sich das ganze Weltbild einmal neu gestaltet. Selbst das Geistige, das man zu haben glaubte, wurde erschüttert. Das Unbewußte wurde „erkannt“ und das Bewußte ist der Wissenschaft nur noch ein Stück eines großen Auschnitts menschlicher Gesamtgeistigkeit, deren Erforschung wir begonnen haben. Und das alles jetzt. Alles in diesen Jahren. Nachdem 300 000 Jahre über die Menschheit hingegangen sind.

Nach wie hat die Menschheit sich eine kulturgeschichtliche Stunde erlebt wie diese. Der Mensch erkennt sich. Er wird sich seiner selbst bewußt. Und aus solch neuer geistiger Erkenntnis von Menschengröße heraus allein verstehen wir auch das soziale Geschehen dieser Zeit. Es ist nichts als das gleiche Erkennen des Menschen, aus dem Sozialen. Der Mensch erwacht, und er sucht durch soziale Formung des Lebens den Boden seiner Freiheit.

Wer diese Stunde der Geschichte als das erfährt, das sie ist, der steht in Ehrfurcht vor dieser Zeit. Der steht über der Zeit. Der drängt die Zeit, weil er sie in ihrer epodalen Bedeutung erlebt, und der versteht dennoch, zu warten, da sich Epochen nicht von heute auf morgen vollenden.

Die Vorgeschichte der Menschheit geht zu Ende, und die Zeit der Menschheit beginnt. Das Wort von Karl Marx hat eine noch größere Kulturbedeutung und einen noch tieferen Sinn als zu der Zeit, da das Wort gesprochen wurde.

Dr. Gustav Hoffman.

Ich will bei dir bleiben

Aus dem neuen Roman „Der Karren“ von A. Trautz, Regio, erschienen bei der Biederstraße 10, Berlin, die zur Zeit eine Werkbewohnerunterkunft.

So gingen sie zu dem Lannenwald. Bei den ersten Bäumen lehnte sie sich nieder. Sie konnten von hier aus die weite Prärie übersehen und zugleich aus ein tiefes Stiel hinein in den Wald, wo die Bäume schweigend, achsig Meter hoch standen und die Säulen einer gewaltigen Halle. Meterhohe Farne standen im Walde, und an vielen Stellen war hohes Gras. Aber dem Boden lagen verstreut Lannenzapfen groß wie Melonen.

„Du bist immer nur auf dem Hochland gewesen? fragte er.“

„Ja, immer.“

„Dann hast du noch keine Palmen gesehen, keine Dschungel, keine tropischen Wälder?“

„Sie küßte ihm den Kopf.“

„Darüber freue ich mich sehr“, sagte er, sie ansiehend.

„Warum?“

„Weil ich dir dann alles zeigen kann, weil du das alles durch mich zum ersten Male in deinem Leben sehen wirst. Dann: wird es dir, ewig, in deinem Erinnern verknüpft sein mit der Erinnerung an mich.“

„In der Erinnerung“, fragte sie, weite Augen auf ihn gerichtet. „Wollt du denn nicht, daß ich selbst immer bei dir bleiben soll? Ich will bei dir bleiben, immer. Ich will keine Erinnerung an dich. Ich will mit dir sein, wohin du gehst, ob zum Guten oder zum Bösen.“

Andreu ergriff ihre Hand. Er sah vor sich nieder.

Nach einer langen Weile sagte er: „Aber weißt du, ob ich dir immer gefalle, kleines Mädchen. Ich bin nicht gut, glaube ich. Ich weiß nicht, wie ich zu einer Frau sein soll. Ich habe nie eine Frau gehabt. Vielleicht bin ich nicht so, wie du denkst. Du kennst mich nur einen Tag jetzt.“

„Sie nickte und lagte mit einer Stimme, die schwer wurde: „Ja, ich kenne dich nur einen Tag. Aber du kennst mich doch auch nur gerade einen Tag. Aber nach vielen Monaten kennen wir uns dann ein Jahr.“

Er lagte und sie fiel in sein Lachen ein.

Zwei große Käfer jagten sich zu ihren Füßen.

Da lagte sie, ohne ihn anzublicken: „Jede Käferin hat ihren Käfer. Ich will nicht allein sein. Ich will mit dir sein. Ich will dir helfen mit den Dingen und mit aller Arbeit. Ich werde für dich waschen und alles, was du sagst, werde ich tun. Ich habe mich auch gewaschen und mein Haar gekämmt für dich. Für mich kämme ich mein Haar nicht. Das wird doch wieder zerfaßt vom Wind und vom Schlafen. Aber für dich kämme ich es immer und immer wieder. Ich habe auch meinen Rock gewaschen für dich. Für mich schadet es nichts, wenn mein Rock voller Löcher ist.“

„Das ist gut so“, sagte er mit gespieltem Ernst. „Ich will nicht, daß du bist wie die Frauen sind, die manche Menschen in den Carretas haben, die sich nie waschen, die immer ganz und gar zerlumpt sind, die sich betrinken, wann und wo sie können, und die sich dann auf dem Erdboden herumwälzen und ihre rein und schamergessene Reden blöfen.“

„So etwas werde ich ganz gewiß niemals tun, Binah Quifit“, erwiderte sie mit einem strengen Sehen ihrer Lippen.

Dann folgte sie hinzu: „Aber wie kann ich wissen, was gut ist, was richtig ist, was dir gefällig ist, wenn du es mir nicht sagst. Ich bin nicht so klug und so erfahren, wie du bist. Du sollst mir alles sagen, was ich tun muß, dir zu tunhabe ich sein. Du bist mein Mann, mein Senor. Und ich bin froh, daß du es bist und kein anderer. Aber wenn du mir nicht sagst, was richtig ist und was dir gefällt, wie kann ich es sonst wissen. Es kümmert sich niemand um mich, seit mein Vater tot ist. Aber du“, sie blinzte ihm mit weit geöffneten Augen plötzlich an, mit Augen, in denen Wille, Traurigkeit und Hilflosigkeit alles zugleich lag, „aber du, mein Mann, du kümmerst dich um mich und sorgst dich um mich. Du bist es, der mit mir waschen kann und machen darf und machen soll, was du nur immer willst.“

Er sagte, seine Worte langsam gebend: „Ich will dich gewiß niemals verlassen, kleines Mädchen, und ich möchte dir sagen, ich bin so unendlich froh, daß ich dich gefunden habe, und daß du willst, daß ich dein Mann sein soll.“

Er legte seine Hand um ihren Kopf, zog den Kopf näher gegen seine Brust und streifte ihre über das Haar.

Sie ergriff seine linke Hand, führte sie gegen ihre beiden Waden, die sie mit dem Handrücken preßte und küßte dann die Hand. Er beugte sich nieder auf ihre Hand und berührte

es mit seinem Munde in einer Geste, die er so lange anhielt, still wie ungeschorenes teures Gebeiß, daß es ihn dünkte, als flößen Jahrhunderte ungefüßt durch das Anteroium.

Keiner von beiden sagte mehr etwas. Keiner verfuhrte, eine Bewegung zu machen, aus einer haudgarden Angst heraus, daß dadurch etwas wußtend Unbestimmtes in ihrem Dasein und in der Welt zerstört werden könnte.

Und so floß der letzte milde Schimmer des sterbenden Tages über die weite Prärie dahin. Die Prärie hüßte sich ein für die Nacht in die Schleier eines Nebels, der lang ziehend, von allen Seiten gleichzeitig herwogend, der heran-eilenden Nacht voranschritt.

Die Nacht kam.

Aus den Zahlstellen

Apolda (Thüringen). Ein neuer Mitarbeiter! Im „Volkshaus“ des kleinen Industriekindes Apolda wurde am 28. Oktober eine Zahlstelle unseres Verbandes ins Leben gerufen. Nach eintündigen Worten des Buchdruckerkollegen und jetzigen Arbeitersekretärs Schneider erläuterte der Gauleiter, Kollege Wambacher (Erfurt), die Aufgaben und den Zweck einer Zahlstelle und gab der Hoffnung auf ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Zahlstelle und Gauleitung Ausdruck. Erfreulicherweise sei es in den letzten Monaten gelungen, alle am Ort befindlichen Berufsangehörigen, mit zwei Ausnahmen, gewerkschaftlich zu organisieren, und es dürfte nicht eher nachgegeben werden, bis die letzten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen dem Verband zugeführt seien. Als die Wahl des Vorstandes und der Revisoren erledigt war, erläuterte Kollege Wambacher einen Bericht über die wirtschaftliche Lage, der darin auslag, daß nur stärkste Geselossenschaft und innere Anteilnahme am Verbandsleben die Unternehmer im Buchdruckergewerbe an der Durchführung ihrer offen zum Ausdruck gebrachten Lohnbaupläne hindern können. Es müsse erwartet werden, daß die neue Zahlstelle, die unter schweren Zeitverhältnissen ins Leben getreten ist, kräftigen Anteil an den uns bevorstehenden Kämpfen nimmt und ein gesundes Glied unserer großen Verbandsfamilie wird. Mit dem Berprechen, der jungen Zahlstelle stets mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, schloß Kollege Schneider die Versammlung. Ein gemüßliches Beisammensein füllte den gelassenen Teil des Abends.

Erfurt. Am 24. Oktober fand unter dem Vorhitz des Kollegen Benkenstein unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Benkenstein wies darauf hin, daß die Kurie der Volkshochschule beginnen, und verlas das Winterprogramm. Der Kaiserbericht des dritten Quartals, welchen Kollege Wambacher gab, war als genügend zu bezeichnen. Die Einnahmen der Hauptkassen betrugen 1781,20 M. An die Zentralkassen wurden 251,60 M. abgeführt. Die Einnahmen der Ortskassen betrugen einfl. alten Bestandes 1019,38 M., die Ausgaben 388,59 M., so daß ein Bestand von 632,79 M. zu verzeichnen ist. Einführende Entlastung des Kassierers folgte. Punkt 3 der Tagesordnung bildete der sehr interessante Vortrag des Kollegen Wambacher über die wirtschaftliche Lage. Redner berührte die Ereignisse nach der Reichstagswahl, und zwar vor allem die Lohnkämpfe in der Metallindustrie. Der Lohnstarif der Berliner Metallarbeiter soll laut Schiedspruch des Schlichtungsausschusses um 8 Proz. geführt werden. Da von der Begründung dieser ungeheuren Forderung, dem „Preisabbau“, noch keine Spur zu merken ist, sind die Metallarbeiter Berlins in Streit getreten. Aber auch die Bergbauindustriellen wollen die Arbeitszeit verlängert wissen, was hinsichtlich der schweren Arbeit und der vielen großen Bergwerksunfälle als eine ungeheuerliche Forderung zu betrachten ist. Redner erläuterte dann die Stellungnahme des Bundesauschusses vom DGB, zur Wirtschaft und Finanzkritik, der gegen Lohnruhr und für Preisabbau, Hebung der Wohnungswirtschaft und Verfürzung der Arbeitszeit sich erklärt. Auch eine Wüderung der Reparationslasten ist in dieser Notzeit unbedingt erforderlich, um das wirtschaftliche Leben Deutschlands nicht zu gefährden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit muß erfolgen, um die Wirtschaftskrise zu meistern. In schärfster Weise geißelte deshalb Kollege Wambacher das rigorose Verhalten einer unorganisierten Kollegin in einem Erfurter Buchdruckerbetrieb. Obwohl der Gatte dieser Kollegin als Spezialarbeiter einen guten Lohn verdient, arbeitet die Betreffende auf Wunsch der Geschäftsführung 10 bis 12 Stunden täglich und schimpft obenreißend noch auf den Verband. Das ist in dieser ersinnlichen Zeit besonders kennzeichnend. Da nun auch unser Lohnstarif am 31. Dezember abläuft, ist nach den Arttellen der Prinzipalsprelle anzunehmen, daß bei uns daselbst Lohnbaumanöver versucht wird. Kollege Wambacher betonte, daß ein Zusammenhalt der Kollegenschaft mehr denn je erforderlich ist, und schloß mit den Worten „Eintigkeit macht stark“ seinen ausgezeichneten Vortrag. Keiner Beifall lohnte den Redner. Den Kartellbericht gab Kollege Bopp. Die anschließende Abstimmung zwecks Ergänzungsbau des „Volkshauses“ erab einstimmige Annahme des Projektes. Im Punkt „Verschiebenes“ empfahl Kollege Wambacher ein Buch von Kollegen Braun in Weimar, betitelt „Unter Jarenherrschafft und Sowjetstern“. Bei dem Bericht über die vorgenommene Hausagitation dankte Kollege Wambacher den Kolleginnen und Kollegen, die sich so zahlreich zur Verfügung gestellt haben. Nach einer lebhaften Aussprache über verschiedene Verbandsangelegenheiten wurde die gut belustete Versammlung mit dem Wunsch geschlossen, daß diese erste Zeitperiode die Mitglieder zur regen Teilnahme anreißt.

Glogau. Unsere erste Mitgliederversammlung nach der Reichstagswahl, an der auch die Mitglieder der Zahlstelle Vindenburg teilnahmen, fand am 24. Oktober im Restaurant „Drei Linden“ statt und hätte bestimmt einen besseren Verlauf verdient. Ein Teil unserer Mitglieder aber schenkte es heute, in Zeiten von Lohnbaubestrebungen und Diktaturgefühlen, nicht den Ernst der Situation erfährt zu haben. Die Erschienenen werden aber ihr Kommen sicher nicht bereuen haben. Vorsitzender Kollege Kaufmann gedachte eingeangenen in ehrenden Worten der in letzter Zeit verstorbenen Kollegen bzw. Kolleginnen sowie der 259 braven Bergknappen, die durch das Grubenunglück in Alsdorf ein Opfer der Arbeit wurden. Der Kassierer wurde nach Verlesen des Kassierberichts vom dritten Quartal einstimmig Entlastung erteilt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung nahm das Referat unseres Gauleiters, Kollegen Reinhold, ein. Hätte er doch ein Thema gewählt („Was hat die Wahl vom 14. September der Arbeiterkraft gebracht?“), das mancher politisch Indifferente, ganz besonders aber die Kolleginnen, nicht oft hören. Durch die Verschlechterungen in der Sozialversicherung, die die Regierung Brüning durch Notverord-

nung gerade den Armsten der Armen brachte, ist der Kampf zwischen Kapital und Arbeit heftig entbrannt. Leider hat aber ein Teil, und gerade der jüngeren Fabrik- und Kopf-arbeiter, die kapitalistische Struktur und Menschenhaft noch nicht erkannt und gab einer verkappten Arbeiterpartei keine Stimme, die es während des Wahlkampfes mit hochtönenden Versprechungen nicht sehr genau nahm. Aber der Stimmenzuwachs der Nazi-Partei hat das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland erschüttert, was sich gleich nach der Wahl in dem harten Kursrückgang sowie Kündigungen der ausländischen Gelder bemerkbar machte, so daß wohl diese Maßnahme manchem der Betrzten zu denken Anlaß gegeben haben mag. Alles Kapital aber, was der deutschen Wirtschaft entzogen wird, muß zu einer Störung der Produktion führen und wirkt sich demgemäß wieder zum Nachteil der Arbeiterpartei durch Erwerbslosigkeit aus. Aber auch kein Nazi denkt heute mehr daran, unsere Verträge in der Erfüllungspolitik zu zerreißen, was sie so oft ins Land hinaus schrien. Wie stark sich nun aber das Kapital unter dem Schutze dieser Arbeiterpartei fühlte, beweist der Konflikt, der im Berliner Metallgewerbe entstanden ist. Wohin der Weg gehen soll, zeigt der Schiedspruch, der adt. Proz. Lohnabbau festsetzt. Redner schloß mit den Worten: „Nur ein fester Zusammenhalt in den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei kann Verschlechterungen für die Arbeiterpartei und Diktatorien dieser Herrschaften, einen Staat gleich Italien aufzujagen, abwehren.“ Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten. Vorstehender Kollege Kaufmann gab noch den Kartellbericht sowie den Bericht über die letzte Erwerbslosenversammlung, in der fast das Verhalten der hiesigen Spruchämter beim Arbeitsamt kritisiert wurde. Was hier gerade unseren erwerbslosen Kollegen auf der vermittelten Arbeitsstätte eines Zunters zugemutet wurde, war Gegenstand eines längeren Berichtes im „Volkswillen“. Hingewiesen wurde ferner noch, von den vom Bildungsausschuß finanzierten Vorträgen in der „Volkshochschule“ regen Gebrauch zu machen. Mit einer Mahnung, über das Gehörte nachzudenken und all die Säumigen aufzurütteln, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hannover. (Jubilärfest am 18. Oktober 1930.) Am Sonnabend, dem 18. Oktober, fand sich die Kollegschaft im geschmückten Restaurantsaale des Gewerkschaftshauses zusammen, um einige Stunden mit den Jubilaren zu verbringen. Hierzu hatten sich die Kollegen Jochen und Kregel in den Dienst der Sache gestellt und für ernste und heitere Vorträge gesorgt. Das Sängerkvartett der Liedertafel „Typographia“ umrahmte die Feier mit Gesangsvorträgen. Kollege Widobil begrüßte alle Erschienenen und sprach den Wunsch aus, daß alle Teilnehmer befrichtigt über das Gebotene sein mögen. Den Höhepunkt erreichte die Feier mit der Festrede des Kollegen Sparthuf, der einen Rückblick über 25 Jahre gab. Durch zähen, ausdauernden und ehrlichen Kampf einiger Kollegen und Kolleginnen ist es so weit gekommen, daß wir heute auf unser Werk stolz sein können. Hieran hätten auch fünf Jubilare, der Kollege Heinrich Eisner, Friedrich Meyer, Gustav Köhne, Georg Bok und die Kollegin Luise Werner mitgearbeitet, heute erhielten sie für ihre treue Mitarbeit besondere Ehrung. Kollege Sparthuf überreichte im Namen des Hilfsarbeiterverbandes jedem Jubilare ein Diplom und von der Zahlstelle einen Blumenkranz. Hierauf richtete Kollege Sparthuf anfeuernde Worte an alle Anwesenden, sich an den Jubilaren ein Beispiel zu nehmen und auch so emsig für den Verband tätig zu sein. Dann könne kommen, was wolle, dann wären wir gewappnet. Reicher Beifall lohnte diese Ausführungen. Auch Kollege Widobil sprach noch in demselben Sinne und brachte ein Hoch auf die Jubilare aus. Kollege Eisner dankte im Namen der Jubilare für diese Ehrung und brachte ein Hoch auf den Verband und die Zahlstelle Hannover aus, dem begeistert zugestimmt wurde.

München. Das Graphische Kartell hielt am 26. Oktober eine gutbesuchte Vollversammlung ab, eine Verbindung gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit mit Belehrung und Humor im Film. Landtagsabgeordneter Max Wessel leitete den Abend mit einem interessanten Vortrag über das Thema „Politik und Gewerkschaften“ ein. Wenn man sich vor dem Krieg in Gewerkschaftsversammlungen mit einem solchen Thema befaßt hätte, dann wäre wohl ein Streit darüber entstanden, welcher von den beiden Richtungen in der Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen oder der politischen, der Sozialdemokratischen Partei, der Vorrang in der Behandlung dieser Frage zuzuschreiben würde. Seit dieser Zeit hat sich aber in solcher Anweisung im politischen und gewerkschaftlichen Leben der Arbeiterklasse vollzogen, daß es jetzt nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig für die Gewerkschaften ist, sich immer mehr mit politischen Fragen zu befassen. Denn als Gewerkschafter müsse man sich durch die Etappen der Sozialgesetzgebung, der Wirtschaftsprobleme usw. in das öffentliche politische Leben und damit auch in die Politik einreihen, die nun zu einem Lebenszweck auch der Gewerkschafter werde, weil ja alle die Fragen, die die Arbeiterpartei betreffen, im Grunde durch die Gewerkschaften nur im Zusammenschluß mit den politischen Arbeiterparteien zur Durchführung gebracht werden können. In zahlreichen Beispielen aus den letzten Jahren bewies der Vortragende, wie notwendig die Änderung der früheren Taktik war. In Hand freitragend dargestellter Tafeln zeigte der Redner im allgemeinen die Unsinngkeit der Forderung der Preisentzug von der man aber nichts desto weniger verpönte, denn sie bleibe zumeist im Handel stecken, im Gegensatz zum Lohnabbau, der sich sofort in ungünstigstem Sinne im Arbeiterhaushalt auswirke, solange auf der einen Seite wieder Zollerhöhungen die Preisentzug, besonders auf dem Gebiet der Ernährung, unwirksam machen. Kollege Wessel behandelte dann das Problem der Arbeitslosigkeit und der Rationalisierung und die zur Unterbringung der größten Zahl der Arbeitslosen im Produktionsprozess von den Gewerkschaften vorge schlagenen Wege. In diesem Zusammenhang wäre es also geradezu unerantwortlich, immer vom Abbau der Arbeitslosenunterstützung zu sprechen, denn die Arbeiterpartei hätte ein Interesse daran, alle Arbeitslosen in den Produktionsstätten unterzubringen. Die in der letzten Zeit besonders hervorgetretenen drei Richtungen zur Hemmung der Bekämpfung der Arbeiterpartei seien der falsche Kommunismus, der Faschismus und der Individualismus; diesen müsse auch in der Zukunft die schärfste Bekämpfung zuteil werden, damit einst wieder zur Wahrheit werde, daß Gewerkschaften und politische Arbeiterpartei einig sind. Die Vorführung der Filme einer Nordlandfahrt, einer Reihe von Affen bis Korin und ein Lustspiel beschloßen den Abend, der bei allen Teilnehmern einen guten Eindruck hinterließ.

Schweidnitz. Die Versammlung am 26. Oktober erstreckte sich einer starken Beteiligung der Kollegschaft aus Waldenburg und Reichenbach. Als besondere Ehre konnte auch Gauleiter Reinhold (Breslau) und als Ehrenmitglied der 76jährige frühere Angestellte, Kollege Abend, begrüßt werden. Kollege Wolf gestalte zunächst in erhabenen Worten der vorzüglichsten Bergknappen sowie auch der durch das Hochwasser heimgesuchten Opfer. Gauleiter Reinhold ergriß lobend das Wort und schilderte in seinen fast zweistündigen Ausführungen die Lage der Arbeiterpartei von einst und jetzt. Schwere Kämpfe habe die Arbeiterpartei und deren Führer durchgemacht, ehe ein Einfluß auf die gegebene Körperschaft errungen werden konnte. Kollegen Reinhold war es ein Leichtes, die Errungenschaften für die Arbeiterpartei von 1918 bis 1930 nachzuweisen. Jeder Gewerkschafter könne nur als einziger politischer Vertreterin die Sozialdemokratische Partei erblicken. Ein schwerer Kampf steht uns noch bevor, damit uns die sozialen Errungenschaften erhalten bleiben, welche den Unternehmern schon lange ein Dorn im Auge sind. Die Lohnabbaubewegung der Regierung Brünning muß ein Anporn unserer Kollegschaft sein, neue Kämpfer und Mitglieder der Organisation aufzuführen. Zum Schluß kam Kollege Reinhold auf die Tarifkämpfe und die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages zu sprechen und forderte zum festen Zusammenhalt der Kollegschaft auf. Nur dann wird es möglich sein, über diese schwere Wirtschaftskrise hinwegzukommen. Reicher Beifall lohnte die vorzüglichen Worte des Gauleiters Reinhold. In einer weiteren Aussprache wurde über die Hilfe unserer ausgefuehrten Kollegschaft gesprochen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten konnte Kollege Wolf unter nochmaliger Aufforderung für die Stärkung unserer Organisation die Versammlung schließen. Den Abschluß des Tages bildete ein gemütliches Beisammensein unter zeitweiser Beteiligung der Kollegschaft.

Zwidau. (Mitgliederversammlung vom 22. Oktober 1930.) Nach längerer Pause fand wieder eine Versammlung statt, die leider einen schwachen Besuch aufwies, trotzdem in sämtlichen Betrieben durch Rundschreiben alle Mitglieder eingeladen waren. Kollege Fißler gab einen kurzen Bericht über die Eindrücke von seinem Besuch der Hygiene-Ausstellung in Dresden; Kollegen Stopp machte ergänzende Ausführungen. Vom Ortsauschuß lag ein Bericht über die Kurle im Winterhalbjahr 1930/1931 vor, welches von der Betriebsräte- und Wirtschaftsschule sowie Volkshochschule herausgegeben ist. Nachdem noch verschiedene andere Eingänge ihre Erledigung gefunden hatten, machte Vorstehender, Kollege Käseberg, auf den nächstjährigen Gantag und das Betriebsjubiläum in Zwidau aufmerksam. Die Vorarbeiten, welche bis jetzt getroffen sind, wurden gutgeheißen. Bei der Firma Ullman in Zwidau war im Juli infolge „Nationalisierung“ auch eine langjährig dort beschäftigt gewesene Kollegin mit entlassen worden; durch Klage beim Arbeitsgericht glauben wir der Kollegin wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Der gefällte Urteilspruch kann aber nicht voll befriedigen. Bei der Firma Kramer, Zwidau, hat der Betriebsrat bei Einführung der Kurzarbeit unförmig gegenüber unserer dort beschäftigten Kolleginnen gehandelt; dies wurde scharf gerügt und beschlossen, sich beschwerdebeführend an den Vorsitzenden des Betriebsrates der Firma Kramer zu wenden. Eine Kollegin der Firma F. & B. hatte vor Beginn der Urlaubszeit infolge Schwangerschaft freiwillig ihre Arbeit aufgegeben und glaubte nur; Anspruch auf Ferienlohn zu haben, was aber von der Firma mit. antwortenden Begründungen abgelehnt wurde. Zum Schluß gab der Vorsitzende, Kollege Käseberg, noch die Aufnahme des Arbeitsverbandes der Graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in die Buchdruckere-Internationale bekannt. Von der Gewerkschaftsverwaltung ist unser Vorsitzender, Kollege Käseberg, zu einem Kurkurs auf der Gewerkschaftsschule des ADGB in Bernau für Anfang November d. J. mit vorgelesen, der Kassierer der Zahlstelle, Kollege Schöne, welcher ebenfalls mit vorgelesen war, lehnte aus nicht ganz begründlichen Gründen ab.

Rundschau

Das Lohnabkommen im Buchdruckergewerbe gekündigt. Der im Buchdruckergewerbe bestehende Lohnvertrag, da er von den Tarifparteien zum 30. Juni d. J. nicht gekündigt wurde, bis 31. Dezember verlängert worden. Er hatte Gültigkeit seit 1. April 1929. Jetzt ist die Kündigung des Lohnabkommens fristgemäß von den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer erfolgt. Wir werden also noch in diesem Jahre Lohnverhandlungen haben, die wahrscheinlich Mitte Dezember stattfinden werden.

Der Anschluß der Dachbeder an den Bauergewerksbund soll nach besonderen Vereinbarungen zwischen den beiden Organisationen, die am 20. Oktober in Frankfurt a. M. getroffen wurde, am 1. Juni 1931 erfolgen. Voraussetzung ist die Zustimmung des Verbandes der Dachbeder, der im April 1931 abgeschalten wird und die Anschlußbedingungen zu genehmigen hat. Die „Dachbeder-Zeitung“ veröffentlicht in Nr. 44 die Übertretungsbedingungen und gibt damit den Verbandsmitgliedern eine Diskussionsgrundlage für den Anschluß. Bisher wurde bei allen Verhandlungen der Mitglieder der Übertritt zum Bauergewerksbund abgelehnt. Es ist aber anzunehmen, daß die Generalversammlung der Dachbeder diesmal den Vereinbarungen zustimmen wird. Die „Dachbeder-Zeitung“ äußert sich abschließend über die Vereinbarungen wie folgt: „Entscheidender Einfluß in den meisten Fragen ist uns gesichert, nur in den rein vermalungstechnischen Arbeiten wird in Zukunft die Bauergewerkschaft zu bestimmen haben, in der wir aber wiederum vertreten sind, ebenso in den Bezirken sowie beim Bundesverband durch den Reichstagsgruppenomboden, dessen Mitbestimmung in allen wichtigen Fragen gesichert ist. Wir können also diese Anschlußbedingungen als ein wichtiges Glied in der Anschließfrage bezeichnen. Der Vorstand des Bundes hat bei den Beratungen unsere Wünsche bis an die Grenze dessen, was er überhaupt zugehen konnte, erfüllt.“

Die Fotogemeinschaft des Tonkünstlervereins „Die Naturfreunde“ bereitet eine Ausstellung vor, die vom 15. bis 24. November 1930 in den vereinseigenen Räumen, Berlin N. 24, Johannstraße 15 (Laden), stattfindet. Die Ausstellung ist wertig von 10 bis 20 Uhr und Sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Interessenten ist der Besuch nur zu empfehlen.

Die Büchergilde Gutenberg, Berlin, die Gemeinschaft der werktätigen Buchhändler, veranstaltet vom 7. bis 15. November eine Werbewoche. Das literarische Programm und die buch-künstlerischen Leistungen dieser Organisation verdienen die größte Beachtung. Für einen Monatsbeitrag von 1 M. können die Freunde der Büchergilde pro Quartal ein Buch der erzählenden und der populärwissenschaftlichen Literatur in freier Auswahl unter etwa 120 Werken beziehen. Jedes Vierteljahr kommen neue Bücher hinzu. Außerdem erhalten die Mitglieder eine reich illustrierte Monatszeitschrift, Höhere Kunst und Prospekt erhalten alle Interessenten bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, Dreißendstraße 5. **Er kann alles.** Was für hervorragende Talente wir in unserem Gewerbe haben, zeigt so recht eine Anzeige in Nr. 83 von „Klimaschweizeranzeiger“. Dort präsentiert sich ein Tausendpaß folgendermaßen:

Graphischer Hilfsarbeiter - Gesellen, als selbständiger Rotations- oder gew. bel. für Zeitschriften mit Stellung; auch Setzungsdruck; da in gr. aber nicht lehrberecht. Vertrieb ausgeb.; vor. Brilla, nicht ausfallen; bewandert in Juristik, u. allen einl. Arbeiten aus tis. Cleroet.; früher in Metallbranche; s. Bl. in Auto-Rep.-Werkst. als Geschäftsführer angestellt; bewandert in Schraub-, Maschinen-schreiben, Vertik. u. a. Hilfsberufeine 1. u. a. ab; s. Vertik. Strebe r. M. 3. alt. verfr. Ingt. geküsst auf gute Zeugnisse, gelaneten Wirkungsverh. Vertrauensposen, Geschäftseur oder ähnt. Nur Dauerleistung. - Angebote bitte an 31166 im K. u. a. d. Variante (Vom.). Köppler Straße 9.

Mehr können unsere Unternehmer nun wirklich nicht verlangen. Wilhelm Jähmig wird sich vor Angeboten kaum retten können.

Literatur

Dresdenborn 1931. Ein Jahrbuch für unsere Jugend zur Pflege der Heimatliche und des Naturgenusses bei frohen Wandern und Spielen. Herausgeber und Verlag: Reichsbund für Deutsche Jugendberbergen, Pilsenerstr. 1, Westf. 64 Seiten. 20 Pf. Zu beziehen durch jede Buchhandlung. **Angebot des Eintrages politischer Unruhe und Inflation** ist hier angelegt; bewandert in Schraub-, Maschinen-schreiben, Vertik. u. a. Hilfsberufeine 1. u. a. ab; s. Vertik. Strebe r. M. 3. alt. verfr. Ingt. geküsst auf gute Zeugnisse, gelaneten Wirkungsverh. Vertrauensposen, Geschäftseur oder ähnt. Nur Dauerleistung. - Angebote bitte an 31166 im K. u. a. d. Variante (Vom.). Köppler Straße 9, Westf. 64 Seiten.

Es ist neu erschienen:

KINDERLAND

1931

Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Reich illustriert. Farbige Bilder beleben das Buch. Sprudeln Lebensfreude vom ersten bis zum letzten Blatt. Die Kinder haben selbst daran mitgearbeitet. **Der Kinderland kostet 1.50 RM.** Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

Nach langem Krankenlager verstarb unsere langjährige Kollegin

Elise Bedet

(in der Firma August Osterrieth)

im Alter von 51 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt der Verstorbenen die Mitgliedschaft Frankfurt a. M.

Unserer lieben Kollegin Marie Froh und Gemahl nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Beerdigung. **Zahlstelle Kassel.**

Unserem lieben Kollegen Karl Goppardt (in der Firma „General-Anzeiger“) und seiner Gemahlin zur Beerdigung am 3. November die herzlichsten Glückwünsche. **Zahlstelle Dortmund.**

Unserer lieben Kollegin Amanda Wolf (in der Firma F. Josephson) und ihrem Gemahl zu ihrer Beerdigung die herzlichsten Glückwünsche. **Zahlstelle Wuppertal.**

Unserem langjährigen Vorstandsmitglied (1. Schriftführer) Richard Böhm und seiner lieben Anna zum 25jährigen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Es ist unser aufrichtigster Wunsch, daß es unserem Richard vergönnt sein möge, weitere Jubiläen in der Ehe sowie im Verband zu feiern. **Mitgliedschaft Zahlstelle Chemnitz.**

Abrechnungen

In der Woche vom 27. Oktober bis 1. November sind die Abrechnungen des dritten Quartals aus den Gauen 2 (Frankfurt a. M.), 4a (Kürnberg) und 8a (Magdeburg) bei der Hauptkassie eingegangen.

Geldsendungen kamen aus: Danzig 1717,05 M., Frankfurt a. M. 5637,10 M., Leipzig 26640 M., Magdeburg 3349,20 M., Nürnberg 3331,34 M., Stettin 3000 M.

Berlin, den 1. November 1930. **H. Labagh.**

Für die Woche vom 2. November bis 8. November ist die Beitragsmarke in das 45. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulte, Charlottenburg, Reichelstraße 5. Fernruf: Amt Westend 1328. - Verlag: G. Vobald, Charlottenburg. - Druck: Buchdruckereim GmG, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5.